

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Marschner / Lesting / Stahmann

7. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80400-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Marschner/Lesting/Stahmann
Freiheitsentziehung und Unterbringung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 32

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Materielles Recht und Verfahrensrecht

Nunmehr bearbeitet von

Dr. Rolf Marschner

Fachanwalt für Sozialrecht in München

Dr. Wolfgang Lesting

Vorsitzender Richter am OLG Oldenburg a. D.

Rolf Stahmann

Fachanwalt für Migrationsrecht in Berlin

In 2. Aufl. bearbeitet von Prof. Dr. Horst Göppinger,
in 3. und 4. Aufl. fortgeführt von Rolf Marschner und Bernd Volckart

7. Auflage 2024



C.H. BECK

Bearbeiterverzeichnis

Marschner:	Kapitel A Kapitel B 1–5, 7e Kapitel C
Lesting:	Kapitel B 6–8 Kapitel D Kapitel E 1, 4
Stahmann:	Kapitel E 2, 3 Kapitel F

Zitierweise

MLS/Lesting Kap. Rn.

Beispiele:

MLS/Marschner Kap. A Rn. 30;

MLS/Lesting Kap. D FamFG § 335 Rn. 17


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978-3-406-80400-7

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Fotosatz Amann GmbH & Co. KG, Memmingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 7. Auflage

Umfassende gesetzliche Neuregelungen machten eine Neuauflage des Kommentars zur außerstrafrechtlichen Freiheitsentziehung erforderlich.

Für die zivilrechtliche Unterbringung und Freiheitsentziehung ist die am 1.1.2023 in Kraft getretene Reform des Betreuungsrechts von Bedeutung, die noch stärker als im früheren Recht Wünsche und Willen des Betroffenen in den Vordergrund stellt und rechtliche Betreuer und Bevollmächtigte zur unterstützten Entscheidungsfindung verpflichtet. Außerdem konnte noch das Ergebnis der Evaluierung der materiellen Zulässigkeitsvoraussetzungen von ärztlichen Zwangsmaßnahmen vom 31.1.2024 berücksichtigt werden.

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Unterbringung verfügen nunmehr alle Bundesländer (auch das Saarland) über ein Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetz (PsychK(H)G). Infolge der COVID-Pandemie wurde die Unterbringung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) wieder in die Kommentierung aufgenommen.

Die bedeutendsten Aktivitäten des Gesetzgebers und damit Änderungen (Verschärfungen) finden sich im Ausländerrecht im Bereich der Abschiebungshaft. Dies ist Folge gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Hier konnte das Rückführungsverbesserungsgesetz vom 21.2.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 54) noch eingearbeitet werden, so dass die Kommentierung auf dem Stand der aktuellen Gesetzgebung ist.

Wie viele Menschen von den verschiedenen Formen der präventiven Freiheitsentziehung betroffen sind, ist nur annähernd zu erfassen. Die empirische Datenlage ist nach wie vor unbefriedigend, da gesetzliche Grundlagen für die systematischen Erfassung von Unterbringungen, freiheitsentziehenden Maßnahmen und (ärztlichen) Zwangsmaßnahmen während der Unterbringung weitgehend fehlen. Dieser Missstand wird in Wissenschaft und Fachöffentlichkeit bisher ohne Erfolg beklagt. Dabei besteht Einigkeit darüber, dass bei entsprechender Datenlage und Kenntnis der tatsächlich durchgeführten Freiheitsentziehungen und Zwangsmaßnahmen Grundrechtseingriffe insbesondere durch die Etablierung von Alternativen reduziert werden könnten. Es verbleibt daher bei der Feststellung, dass dem Grundrechtsschutz der Betroffenen in keinem Bereich der präventiven Freiheitsentziehung ausreichend Rechnung getragen wird, weil viele Freiheitsentziehungen vermeidbar wären.

Bis Ende 2023 veröffentlichte Literatur und Rechtsprechung sind berücksichtigt, teilweise konnten auch späteren Gesetze und Entscheidungen eingearbeitet werden.

Berlin, München, Oldenburg im Juni 2024

Die Autoren



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXVII
A. Einführung	1
B. Die Ländergesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen	75
C. Zivilrechtliche Unterbringung (Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB)	233
D. Das Unterbringungsverfahren	309
E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht	483
F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen	595
Sachregister	755

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung

1. Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen	2
a) Grundgesetz und Menschenrechtskonventionen	2
b) Gesetzliche Grundlagen der Freiheitsentziehung	5
aa) Entwicklung der zivilrechtlichen Unterbringung	5
bb) Die Entwicklung des öffentlichen Unterbringungsrechts	6
cc) Die Entwicklung des Freiheitsentziehungsrechts	7
dd) Künftige Rechtsentwicklung	8
ee) Ausländische Regelungen	8
c) Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG	9
d) Auswirkungen der UN-BRK	14
2. System des Unterbringungs- und Freiheitsentziehungsrechts ..	15
a) Horizontale Gliederung	16
b) Vertikale Gliederung	18
c) Der rechtssystematische Ort der Unterbringungen nach § 312 FamFG	19
d) System des Freiheitsentzugs in Freiheitsentziehungssachen ..	20
3. Statistische und sozialwissenschaftliche Grundlagen	21
a) Vorbemerkung	21
b) Statistiken des Bundes	22
c) Statistiken der Bundesländer	29
d) Diskussion der Statistiken von Bund und Ländern	30
e) Untersuchungen zur Unterbringung bzw. Zwangseinweisung aus juristischer, medizinischer und sozialwissenschaftlicher Sicht	32
aa) Zahl der Zwangseinweisungen bzw. Freiheitsentziehungen	33
bb) Zwangsmaßnahmen und Zwangsbehandlung in der Psychiatrie	38
cc) Das Verhältnis von sofortiger, vorläufiger und endgültiger Unterbringung	38
dd) Dauer der Unterbringung	40
ee) Krankheitsbilder	41
ff) Gründe für Zwangseinweisungen	42
gg) Die Gefährlichkeit psychisch kranker Menschen	45
hh) Folgerungen für die Auslegung des Unterbringungsrechts	47
4. Krankheitsbegriff	49
a) Vorbemerkung	49
b) Gesetzsterminologie	50
c) Juristischer und medizinischer Krankheitsbegriff	51
d) Aspekte des Krankheitsbegriffs	52

Inhaltsverzeichnis

e) Konkretisierung des Krankheitsbegriffs	54
f) Auslegungsgrundsätze	57
5. Die Gefährlichkeit und ihre Voraussage: Prognosemethoden im Unterbringungsrecht	58
a) Der prognostische Syllogismus	58
b) Prämissen und Wahrscheinlichkeitsaussage	62
c) Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeitsaussage	64
6. Verhältnis und Konkurrenz der Freiheitsentziehungsformen ..	66
a) Konkurrenz in Vollstreckung und Vollzug	66
b) Konkurrenz bei der Anordnung der Unterbringung – Bundesrecht	67
c) Scheinbare Konkurrenz mit den Maßregeln	69
d) Landesrechtliche Regelungen über die Anordnungskonkurrenz	71
7. Haftung bei rechtswidriger Unterbringung	72

B. Die Ländergesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen

1. Grundlagen des öffentlichen Unterbringungsrechts	77
a) Geschichtliche Hintergründe der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	77
b) Systematik des öffentlichen Unterbringungsrechts	78
c) Rechtspolitischer Rahmen des öffentlichen Unterbringungsrechts	81
d) Die öffentlich-rechtliche Unterbringung als Teil des Gesundheitsrechts	84
e) Die Gefahrenabwehr in der Struktur des Gesundheitsrechts	87
f) Gesetzgebungskompetenz	89
2. Auslegungs- und Gestaltungsgrundsätze im öffentlichen Unterbringungsrecht	90
a) Gleichbehandlung von psychisch kranken Menschen	90
b) Zweck und Ziel der Unterbringung	91
c) Unterbringung als Sonderopfer	93
d) Selbstbestimmungsrecht und Schutz der Grundrechte	93
e) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	94
3. Hilfen und Maßnahmen	95
a) Rechtspolitische Einschätzung	96
b) Aufgaben und Bedingungen der vor- und nachgehenden Hilfen	99
c) Rechtslage – Allgemeine Grundsätze	101
d) Rechtslage – Befugnisse und Pflichten bei Hilfen und Maßnahmen	103
e) Die Ländergesetze	105
4. Außergerichtliches Verfahren (Verwaltungsverfahren)	110
a) Sachliche Zuständigkeit der Behörde	111
b) Örtliche Zuständigkeit der Behörde	112

Inhaltsverzeichnis

c)	Anforderungen an den Antrag auf Anordnung der Unterbringung	112
d)	Verfahren zur Vermeidung der Unterbringung	115
e)	Vorgeschriebene Ermittlungen und eventueller Zwang	115
f)	Sofortige Unterbringung	116
g)	Bekanntgabe der Beendigung des Verwaltungsverfahrens ..	119
h)	Mitteilungspflicht	120
i)	Gerichtliche Kontrolle belastender Maßnahmen	120
5.	Anordnung der Unterbringung	121
a)	Überblick	121
b)	Freiheitsentziehung und freiwillige Unterbringung	121
c)	Krankheit, Sucht, Behinderung	122
d)	Gefahr	124
aa)	Überblick über die gesetzlichen Regelungen	124
bb)	Der polizeirechtliche Gefahrbegriff	126
cc)	Der strafrechtliche Gefahrbegriff	127
dd)	Der Gefahrbegriff im Unterbringungsrecht	127
e)	Kausalität	138
f)	Erforderlichkeit	139
6.	Vollstreckung	140
a)	Das Vollstreckungsverfahren der Gesundheitsbehörde	140
b)	Vollstreckungskonkurrenz mit Freiheitsentzug auf Grund Bundesrechts	142
c)	Vollstreckungsplan und Beileihung	144
7.	Vollzug der Unterbringung	145
a)	Grundlagen des Vollzugsrechts	145
aa)	Erkenntnisquellen	145
bb)	Differenzierung der Maßnahmen	146
cc)	Trennung der Eingriffsrichtung	147
dd)	Zweck und Ziel	148
ee)	Kompensation des Sonderopfers	148
ff)	In dubio pro libertate	149
b)	Grundsätze der Vollzugsgestaltung	149
c)	Aufnahmevollzug	151
aa)	Organisation der Aufnahme	152
bb)	Eingangsuntersuchung	154
d)	Behandlungs- und Vollzugsplan	155
e)	Behandlung	157
aa)	Anlasskrankheit und sonstige (interkurrente) Erkrankungen	158
bb)	Enger und weiter Begriff der Behandlung	159
cc)	Behandlungsmethoden	159
dd)	Behandlungsanspruch	162
ee)	Das Behandlungsmodell im Unterbringensvollzug ..	163
ff)	Freiwillige Behandlung	164
gg)	Einwilligung durch den gesetzlichen Vertreter	167
hh)	Zwangsbehandlung der Anlasskrankheit	168

Inhaltsverzeichnis

ii) Notfallbehandlungen	173
jj) Länderregelungen:	173
f) Einzelne Maßnahmen der Vollzugsgestaltung	179
aa) Allgemeines	179
bb) Wohnen	181
cc) Besitz von Sachen	181
dd) Kleidung	183
ee) Durchsuchung und Untersuchung	184
ff) Form der Unterbringung	185
gg) Einkauf und Paketempfang	186
hh) Aufenthalt im Freien	187
ii) Freizeit	187
jj) Medien und Kommunikation	188
kk) Schriftverkehr	189
ll) Telefon	193
mm) Besuch	195
nn) Arbeit	199
oo) Belastungserprobung und Aufenthalt außerhalb der Einrichtung	199
pp) Verlegung in ein anderes Krankenhaus	203
qq) Religionsausübung	203
rr) Besondere Sicherungsmaßnahmen (umfassend Eriksen 2024)	204
ss) Unmittelbarer Zwang	219
tt) Anordnungsbefugnis	221
uu) Disziplinarmaßnahmen	221
vv) Wegfall der Unterbringungsvoraussetzungen:	222
ww) Beendigung der Unterbringung	222
xx) Aussetzung des Vollzugs	222
yy) Entlassungsvorbereitung	223
zz) Entlassung	223
g) Freiwilliger Aufenthalt	224
h) Nachsorgende Hilfen	225
i) Datenschutz	225
j) Auskunft und Akteneinsicht	226
k) Beschwerdestellen, Besuchskommissionen, Patientenfürsprecher	228
8. Kosten der Unterbringung	230
a) Kosten der verschiedenen Verfahrensabschnitte	230
b) Kosten des vorbereitenden Verwaltungsverfahrens	230
c) Kosten der Vollstreckung	231
d) Kosten des Vollzugs der Unterbringung	231

C. Zivilrechtliche Unterbringung (Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB)

Vorbemerkungen zu §§ 1631b ff. BGB	233
1. Überblick	233

Inhaltsverzeichnis

2. Bestellung eines rechtlichen Betreuers	234
a) Krankheit und Behinderung	234
b) Betreuerbestellung gegen den Willen des Betroffenen	235
c) Erforderlichkeit der Betreuung	236
d) Aufgabenkreis	238
3. Pflichten des Betreuers	241
4. Zwangsbefugnisse des Betreuers	243
§ 1631b Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen	244
1. Überblick	244
2. Voraussetzungen der Genehmigung	246
a) Freiheitsentziehende Unterbringung	246
b) Freiheitsentziehende Maßnahmen	247
c) Zwangsbehandlung	248
d) Einwilligung	248
e) Unterbringung zum Wohl des Kindes	249
3. Genehmigung des Familiengerichts	250
4. Rücknahme der Genehmigung	251
5. Verhältnis zur Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII	252
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	253
§ 1829 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen	253
1. Überblick	255
2. Anwendungsbereich	255
3. Einwilligung und Aufklärung	257
4. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 1	260
a) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen außerhalb der Anlasskrankheit	261
b) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen betreffend die Anlasskrankheit	262
5. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 2	264
6. Voraussetzungen der Genehmigung (Abs. 3)	265
a) Patientenverfügung	266
b) Behandlungswünsche und mutmaßlicher Wille	267
c) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 2	267
d) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 1	267
7. Absehen von der Genehmigungspflicht (Abs. 1 Satz 2, Abs. 4)	268
8. Arzneimittelgesetz	269
9. Verfahren	270
§ 1831 Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen	270
1. Überblick	272
2. Voraussetzungen der Unterbringung durch Betreuer und Bevollmächtigten (Abs. 1)	273
a) Betreuung und Bevollmächtigung	273
b) Freiheitsentziehung	274
c) Erforderlichkeit der Unterbringung des Betreuten	276

Inhaltsverzeichnis

aa) Selbstgefährdung (Nr. 1)	276
bb) Unterbringung zur Durchführung ärztlicher Maßnahmen (Nr. 2)	280
cc) Unterbringung als ultima ratio	283
dd) Sozialrechtliche Grundlagen der Unterbringung und vorrangiger Versorgungsangebote	284
3. Genehmigung des Betreuungsgerichts (Abs. 2)	285
4. Beendigung der Unterbringung (Abs. 3)	286
5. Freiheitsentziehende Maßnahmen (Abs. 4)	286
a) Grundzüge der Regelung und Anwendungsbereich	286
b) Betreuung und Bevollmächtigung	289
c) Mittel der Freiheitsentziehung	289
d) Dauer und Häufigkeit der Freiheitsentziehung	291
e) Voraussetzungen der Genehmigung	291
f) Genehmigung und Beendigung der Maßnahme	294
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	295
7. Vollzug der Unterbringung	296
§ 1832 Ärztliche Zwangsmaßnahmen	296
1. Überblick	297
2. Anwendungsbereich	299
3. Voraussetzungen der Einwilligung	301
4. Genehmigung des Betreuungsgerichts (Abs. 2)	304
5. Verbringung (Abs. 4)	305
§ 1867 Einstweilige Maßnahmen des Betreuungsgerichts	306
1. Überblick	306
2. Anwendungsbereich im Betreuungsrecht	306
D. Das Unterbringungsverfahren	
Vorbemerkungen zu §§ 312 ff. FamFG	309
1. Freiwillige Gerichtsbarkeit	309
2. Grundrechtsschutz durch Verfahren	310
3. Verfahrenstyp und Verfahrensgrundsätze	311
4. Antragsverfahren	311
5. Beweisverfahren	313
6. Mitwirkungspflicht der Beteiligten	318
7. Rechtskraft	319
§ 151 Kindschaftssachen	319
1. Normzweck und Anwendungsbereich	319
2. Genehmigung von freiheitsentziehender Unterbringung und freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Minderjährigen (Nr. 6)	320
3. Genehmigung oder Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung, freiheitsentziehenden Maßnahme oder ärztlichen Zwangsmaßnahme bei einem Minderjährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker (Nr. 7)	320

Inhaltsverzeichnis

§ 167	Anwendbare Vorschriften bei Unterbringung Minderjähriger und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Minderjährigen	321
	1. Normzweck und Anwendungsbereich	321
	2. Sonderregelungen für das Verfahren der Unterbringung Minderjähriger	322
	a) Verfahrensbeistand (Abs. 1 Satz 2 und 3)	322
	b) Unterrichtungspflichten der Gerichte (Abs. 2)	323
	c) Verfahrensfähigkeit (Abs. 3)	323
	d) Anhörung des gesetzlichen Vertreters (Abs. 4)	323
	e) Unterstützung bei der Zuführung (Abs. 5)	324
	f) Qualifikation des Sachverständigen (Abs. 6)	324
	g) Ende der Maßnahmen (Abs. 7)	325
§ 312	Unterbringungssachen	325
	1. Anwendungsbereich und Normzweck	325
	2. Zivilrechtliche Unterbringung	326
	3. Öffentlich-rechtliche Unterbringung	327
	4. Antragerfordernis	330
	5. Zuständigkeiten	330
§ 313	Örtliche Zuständigkeit	330
	1. Anwendungsbereich	331
	2. Örtliche Zuständigkeit bei zivilrechtlicher Unterbringung (Abs. 1)	331
	3. Örtliche Zuständigkeit bei Eilmaßnahmen (Abs. 2)	332
	4. Örtliche Zuständigkeit bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung (Abs. 3)	333
	5. Gegenseitige Mitteilungspflichten (Abs. 4)	334
	6. Internationale Zuständigkeit	334
§ 314	Abgabe der Unterbringungssache	334
	1. Anwendungsbereich und Normzweck	334
	2. Voraussetzungen der Abgabe	335
	3. Verfahren	336
§ 315	Beteiligte	336
	1. Anwendungsbereich und Normzweck	337
	2. Die Muss-Beteiligten (Abs. 1–3)	337
	a) Der Betroffene	338
	b) Der Betreuer	338
	c) Der Vorsorgebevollmächtigte	338
	d) Der Verfahrenspfleger	339
	e) Die zuständige Behörde	339
	3. Die Kann-Beteiligten (Abs. 4)	339
	a) Die nahen Angehörigen (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1)	340
	b) Die Vertrauensperson (Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	340
	c) Der Leiter der Einrichtung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 3)	341
	d) Öffnungsklausel für das Landesrecht (Absatz 4 Satz 2)	341
	4. Verfahren	341
§ 316	Verfahrensfähigkeit	342
	1. Anwendungsbereich und Normzweck	342
	2. Definition und Umfang	343

Inhaltsverzeichnis

§ 317	Verfahrenspfleger	343
1.	Anwendungsbereich und Normzweck	344
2.	Voraussetzungen der Bestellung eines Verfahrenspflegers	
	(Abs. 1)	345
	a) Grundsatz (Satz 1)	345
	b) Absehen von der Anhörung (Satz 2)	346
	c) Ärztliche Zwangsmaßnahmen (Satz 3)	346
3.	Begründungspflicht bei Nichtbestellung (Abs. 2)	347
4.	Aufgaben des Verfahrenspflegers (Abs. 3)	347
5.	Rechtsstellung des Verfahrenspflegers (Abs. 3 Satz 3)	348
6.	Zeitpunkt der Bestellung	348
7.	Auswahl des Verfahrenspflegers (Abs. 4)	349
8.	Vorrang für einen Verfahrensbevollmächtigten (Abs. 5)	350
9.	Ende der Verfahrenspflegschaft (Abs. 6)	351
10.	Unanfechtbarkeit (Abs. 7)	351
11.	Kostentragung (Abs. 8)	351
§ 318	Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrenspflegers	352
1.	Anwendungsbereich	352
2.	Aufwendungsersatz des ehrenamtlichen Verfahrenspflegers	
	(Abs. 1)	352
3.	Vergütung und Aufwendungsersatz des beruflichen Verfahrenspflegers	353
4.	Pauschalierung von Aufwendungsersatz und Vergütung	354
5.	Verfahren	354
§ 319	Persönliche Anhörung des Betroffenen	355
1.	Anwendungsbereich und Normzweck	356
2.	Persönliche Anhörung des Betroffenen (Abs. 1, 2)	357
	a) Zeitpunkt und Ort der Anhörung	357
	b) Benachrichtigung von der Anhörung	358
	c) Durchführung der Anhörung	358
	d) Inhalt der Anhörung	361
3.	Absehen von der mündlichen Anhörung (Abs. 3)	361
4.	Anhörung im Wege der Rechtshilfe (Abs. 4)	363
5.	Vorführung des Betroffenen (Abs. 5)	364
6.	Gewaltanwendung (Abs. 6)	364
7.	Wohnungsöffnung (Abs. 7)	365
8.	Verfahrensrecht	365
§ 320	Anhörung der sonstigen Beteiligten und der zuständigen Behörde	366
1.	Anwendungsbereich und Normzweck	366
2.	Anhörung der sonstigen Beteiligten	366
3.	Anhörung der zuständigen Behörde	367
4.	Verfahren	368
§ 321	Einholung eines Gutachtens	368
1.	Anwendungsbereich und Normzweck	369
2.	Einholung eines Sachverständigengutachtens (Abs. 1)	369
	a) Beweisanordnung	369
	b) Auswahl des Sachverständigen	370

Inhaltsverzeichnis

c) Anforderungen an das Gutachten	373
d) Bekanntgabe des Gutachtens	377
e) Überprüfung des Gutachtens durch das Gericht	377
3. Ärztliches Zeugnis (Abs. 2)	379
4. Therapeutische Verschwiegenheit und Gutachtenverweigerung	380
§ 322 Vorführung zur Untersuchung; Unterbringung zur Begutachtung	381
1. Anwendungsbereich und Normzweck	382
2. Vorführung zur Untersuchung	382
3. Unterbringung zur Begutachtung	384
§ 323 Inhalt der Beschlussformel	385
1. Anwendungsbereich und Normzweck	385
2. Inhalt der Beschlussformel	386
3. Begründung	389
4. Rechtsmittelbelehrung	389
5. Fehlen der erforderlichen Angaben	390
§ 324 Wirksamwerden von Beschlüssen	390
1. Anwendungsbereich und Normzweck	390
2. Grundsätzliche Wirksamkeit (Abs. 1)	391
3. Sofortige Wirksamkeit (Abs. 2)	391
4. Ende der Wirksamkeit	393
5. Rechtsbehelf	393
§ 325 Bekanntgabe	394
1. Anwendungsbereich und Normzweck	394
2. Bekanntgabe von Entscheidungen (Abs. 2)	394
3. Absehen von der Bekanntgabe der Entscheidungsgründe (Abs. 1)	396
§ 326 Zuführung zur Unterbringung; Verbringung zu einem stationären Aufenthalt	397
1. Anwendungsbereich	397
2. Zuführung zur Unterbringung (Abs. 1)	398
3. Anwendung von Gewalt (Abs. 2 und 3)	399
4. Rechtsmittel	399
§ 327 Vollzugsangelegenheiten	400
1. Allgemeines zur Vollzugskontrolle bei der Unterbringung ...	401
a) Rechtsweg beim Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	401
b) Rechtsweg beim Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung	402
c) Rechtsweg beim Vollzug der vorläufigen zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1867 BGB	404
d) Grundsätze des gerichtlichen Verfahrens nach § 327	404
2. Kommentierung des § 327	406
a) Anwendungsbereich und Normzweck	406
b) Antrag	407
c) Antragsgegenstand	407
d) Antragsarten	408
e) Antragsbefugnis	409

Inhaltsverzeichnis

f) Antragsgegner	409
g) Form und Frist	409
h) Zuständiges Gericht	409
i) Die gerichtliche Prüfung	409
j) Überprüfung ärztlicher Maßnahmen	414
k) Die gerichtliche Entscheidung	414
l) Aufschiebende Wirkung	415
m) Gerichtliche Zwangsmaßnahmen	415
n) Unanfechtbarkeit	416
3. Rechtsbehelfe außerhalb des Rechtswegs	416
a) Verfassungsbeschwerde	416
b) Dienstaufsichtsbeschwerde	416
c) Petition	417
d) Weitere Kontrollorgane	417
§ 328 Aussetzung des Vollzugs	418
1. Anwendungsbereich und Normzweck	418
2. Voraussetzungen der Aussetzung	419
3. Auflagen	420
4. Befristung	420
5. Widerruf der Aussetzung	421
6. Verfahren	421
§ 329 Dauer und Verlängerung der Unterbringung	422
1. Anwendungsbereich und Normzweck	423
2. Dauer der Unterbringungsmaßnahme (Abs. 1)	423
3. Verlängerung (Abs. 2)	425
a) Verlängerungsverfahren	425
b) Auswahl des Sachverständigen	426
§ 330 Aufhebung der Unterbringungsmaßnahme	428
1. Anwendungsbereich und Normzweck	428
2. Wegfall der Voraussetzungen	429
3. Verfahren	430
Vorbemerkungen zu §§ 331–334	431
1. Die Eilmaßnahmen im System des Unterbringungsrechts	431
2. Anwendungsbereich	432
§ 331 Einstweilige Anordnung	433
1. Anwendungsbereich	433
2. Materiell-rechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen	434
a) Vorliegen der Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme	434
b) Dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden	435
c) Prognose	436
3. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen	436
a) Ärztliches Zeugnis (Satz 1 Nr. 2)	436
b) Verfahrenspfleger (Satz 1 Nr. 3)	437
c) Persönliche Anhörung des Betroffenen (Satz 1 Nr. 4)	438
d) Anhörung weiterer Beteiligter	439

Inhaltsverzeichnis

e) Sachverhaltsaufklärung	439
f) Verhältnismäßigkeit	439
4. Entscheidung	440
5. Rechtsmittel	440
§ 332 Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	440
1. Anwendungsbereich und Normzweck	440
2. Voraussetzungen einer dringlichen einstweiligen Anordnung ..	441
3. Nachholung der Verfahrenshandlungen	442
§ 333 Dauer der einstweiligen Anordnung	443
1. Anwendungsbereich und Normzweck	443
2. Dauer der einstweiligen Anordnung (Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1) ..	444
3. Dauer einer Verlängerung (Abs. 1 S. 2–5, Abs. 2 S. 2)	445
4. Voraussetzungen einer Verlängerung	445
§ 334 Einstweilige Maßregeln	447
1. Anwendungsbereich und Normzweck	447
2. Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme nach § 334 iVm § 1867 BGB	448
3. Entscheidung	449
4. Weiteres Verfahren	449
§ 335 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	450
1. Anwendungsbereich und Normzweck	451
2. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe in Unterbringungssachen ..	451
a) Beschwerde:	451
b) Rechtsbeschwerde:	455
c) Die sofortige Beschwerde nach §§ 567 ff ZPO:	458
d) Nichtanhörungsrüge nach § 44:	458
e) Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten:	458
3. Beschwerdeberechtigung	459
a) Beschwerdeberechtigung des Betroffenen	459
b) Beschwerdeberechtigung nahestehender Personen (§ 335 Abs. 1 Nr. 1 und 2)	459
c) Beschwerdeberechtigung des Leiters der Einrichtung (§ 335 Abs. 1 Nr. 3)	461
d) Beschwerdeberechtigung des Verfahrenspflegers (§ 335 Abs. 2)	461
e) Beschwerdeberechtigung des Betreuers bzw. des Vorsorgebevollmächtigten (§ 335 Abs. 3)	462
f) Beschwerdeberechtigung der zuständigen Behörde (§ 335 Abs. 4)	463
4. Beschwerdeverfahren	463
a) Anhörung des Betroffenen:	464
b) Gutachten:	466
c) Zeugenvernehmungen:	466
d) Anhörung von Beteiligten:	466
e) Verfahrenspfleger:	466
f) Heilung von Verfahrensmängeln	467
5. Entlassung des Betroffenen und Erledigung	467

Inhaltsverzeichnis

§ 336 Einlegung der Beschwerde durch den Betroffenen	470
§ 337 Kosten in Unterbringungssachen	470
1. Normzweck und Anwendungsbereich	471
2. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 1 bis 3 (Abs. 1) ..	472
3. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 4 (Abs. 2)	473
4. Anfechtung der Kostenentscheidung	473
5. Kostenfestsetzung	474
§ 338 Mitteilung von Entscheidungen	474
1. Normzweck und Anwendungsbereich	474
2. § 338 Satz 1	475
a) Entsprechende Anwendung des § 308	475
aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen (§ 308 Abs. 1 und 2):	476
bb) Unterrichtung des Betroffenen (§ 308 Absatz 3):	478
cc) Dokumentationspflicht des Gerichts (§ 308 Absatz 4): ..	478
b) Entsprechende Anwendung des § 311	479
aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen zur Strafverfolgung (§ 311 Satz 1):	479
bb) Unterrichtung und Dokumentation (§ 311 Satz 2)	480
3. § 338 Satz 2	480
4. Verfahren	480
5. Rechtsmittel	480
§ 339 Benachrichtigung von Angehörigen	481

E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht

1. Überblick	485
2. Infektionsschutzgesetz	486
3. AufenthG, AsylG und Dublin III-VO	492
a) Allgemeines	492
aa) Begriffe	492
bb) Weitere Haftzwecke	493
cc) Entwicklung der Abschiebungshaft	494
dd) Verfassungsrechtliche Grundlagen	497
ee) Europarechtliche Grundlagen	498
ff) völkerrechtliche Grundlagen	498
gg) Gesetzliche Regelungen	498
b) Allgemeine Voraussetzungen der Abschiebungshaft	500
c) Ingewahrsamnahme	501
aa) Anwendungsbereich	501
bb) Voraussetzungen	501
d) Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	502
aa) Anwendungsbereich	502
bb) Vollziehbare Ausreisepflicht	502
cc) Erforderlichkeit der Abschiebung	508
dd) Haftgründe	509
ee) Abschiebungsprognose	520
ff) Zeitliche Hafthöchstgrenzen	523

Inhaltsverzeichnis

gg)	Erforderlichkeit der Sicherungshaft	527
hh)	Verhältnismäßigkeit der Sicherungshaft	528
e)	Mitwirkungshaft (§ 62 Abs. 6 AufenthG)	538
aa)	Allgemeines	538
bb)	Anordnung der Mitwirkung	539
cc)	Androhung der Mitwirkungshaft	542
dd)	Zuständigkeiten	542
ee)	Vollziehbarkeit der Vorführungsanordnung	542
ff)	Erstmalige/wiederholte Anordnung	542
gg)	Haftgrund	543
hh)	Dauer der Mitwirkungshaft	543
ii)	Erforderlichkeit der Mitwirkungshaft	543
jj)	Verhältnismäßigkeit der Mitwirkungshaft	544
kk)	Ermessensausübung	544
f)	Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	545
aa)	Anwendungsbereich	545
bb)	Voraussetzungen	546
cc)	Ermessensentscheidung	547
g)	Zurückschiebungshaft (§ 57 AufenthG)	547
aa)	Anwendungsbereich	547
bb)	Vollziehbare Zurückschiebungsverfügung	548
cc)	Erforderlichkeit der Zurückschiebung	549
dd)	Haftgründe	549
ee)	Prognose	549
ff)	Zeitliche Hafthöchstfristen	549
gg)	Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit	550
h)	Überstellungshaft (Art. 28 Dublin III-VO)	550
aa)	Anwendungsbereich	550
bb)	Vollziehbare Überstellungsentscheidung	552
cc)	Haftgrund	553
dd)	Überstellungsprognose	555
ee)	Zeitliche Höchstfristen	557
ff)	Erforderlichkeit der Überstellungshaft	559
gg)	Verhältnismäßigkeit der Überstellungshaft	559
i)	Zurückweisungshaft (§ 15 Abs. 5 AufenthG)	561
aa)	Anwendungsbereich	561
bb)	Zurückweisungsentscheidung	563
cc)	Haftgrund	563
dd)	Zeitliche Hafthöchstgrenzen	564
ee)	Erforderlichkeit der Zurückweisungshaft	564
ff)	Verhältnismäßigkeit der Zurückweisungshaft	565
j)	Transitgewahrsam und Transithaft (§ 15 Abs. 6 AufenthG)	565
aa)	Anwendungsbereich	565
bb)	Voraussetzungen des Transitgewahrsams	566
cc)	Zeitliche Gewahrsamshöchstgrenze	567
dd)	Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit des Transitgewahrsams	567
ee)	Voraussetzungen der Transithaft	568

Inhaltsverzeichnis

k) Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	568
aa) Anwendungsbereich	568
bb) Voraussetzungen	569
cc) Prognose	569
dd) Zeitliche Hafthöchstfrist	570
ee) Erforderlichkeit der Vorbereitungshaft	570
ff) Verhältnismäßigkeit der Vorbereitungshaft	571
l) Ergänzende Vorbereitungshaft (§ 62c AufenthG)	571
m) Vorführungshaft (§ 82 Abs. 4 AufenthG)	572
aa) Anwendungsbereich	572
bb) Voraussetzungen	572
cc) Androhung der Vorführungshaft	572
dd) Vollziehbarkeit der Vorführungsanordnung	572
ee) Erforderlichkeit der Vorführungshaft	572
ff) Verhältnismäßigkeit der Vorführungshaft	573
n) Verbringungshaft (§ 59 Abs. 2 AsylG)	573
aa) Anwendungsbereich	573
bb) Voraussetzungen	573
cc) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Verbringungshaft	574
4. Polizeilicher Gewahrsam	574
a) Gesetzliche Grundlagen	575
b) Definition des Gewahrsams	576
c) Begriff der Freiheitsentziehung	576
d) Arten des Gewahrsams	577
aa) Schutzgewahrsam	577
bb) Unterbindungsgewahrsam	578
cc) Durchsetzungsgewahrsam	580
dd) Zurückführungsgewahrsam bei Minderjährigen	581
ee) Gewahrsam zum Schutz und zur Durchsetzung privater Rechte	582
ff) Zurückbringungsgewahrsam bei Entwichenen	582
gg) Weitere Regelungen	582
e) Voraussetzungen des Gewahrsams	583
f) Verfahren	583
g) Richterliche Entscheidung	584
h) Behandlung festgehaltener Personen	589
i) Vollzug des Gewahrsams	590
j) Dauer des Gewahrsams und Entlassung	593
aa) Polizeiliche Befugnis	593
bb) Höchstdauer richterlich angeordneter Freiheitsentziehung	593

F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen

Vorbemerkungen zu den §§ 415 bis 432 FamFG	595
1. Regelungsbereich des FamFG	595

Inhaltsverzeichnis

2. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Freiheitsentziehungsverfahrens	596
a) Richtervorbehalt (Art. 104 Abs. 2 GG)	597
b) Gesetzlicher Richter (Art. 101 GG)	600
c) Förmlichkeit des Verfahrens (Art. 104 Abs. 1 GG)	600
d) Rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	605
e) Faires Verfahren (Art. 20 Abs. 3 iVm Art. 1 Abs. 1 GG) ..	606
3. Rügepflichten und Heilung	614
4. Unionsrechtliche Vorgaben für das Haftverfahren	618
5. Menschenrechtliche Vorgaben für das Haftverfahren	619
§ 415 Freiheitsentziehungssachen	620
1. Anwendungsbereich	620
2. Begriff der Freiheitsentziehung	621
3. Konkurrenzen	628
§ 416 Örtliche Zuständigkeit	628
1. Anwendungsbereich	629
2. Örtliche Zuständigkeit	633
3. Sachliche Zuständigkeit	637
§ 417 Antrag	637
1. Antragserfordernis	638
2. Form des Antrags	639
3. Zeitpunkt des Antrags	641
4. Aushändigung des Antrags	641
5. Übersetzung des Antrags	642
6. Zuständige Behörde	643
7. Antragsbegründung	648
8. Antragsergänzung	654
9. Vorlage der Ausländerakte	656
10. Beiziehung der Akte	658
11. Akteneinsicht	660
§ 418 Beteiligte	661
1. Normzweck	662
2. „Muss“-Beteiligte (Abs. 1 und 2)	662
3. „Kann“-Beteiligte (Abs. 3)	663
4. Folgen	666
a) Rechte der Beteiligten	666
b) Keine Beteiligung	667
§ 419 Verfahrenspfleger	668
1. Anwendungsbereich und Normzweck	669
2. Bestellung eines Verfahrenspflegers	670
3. Beendigung der Verfahrenspflegschaft	673
4. Anfechtbarkeit	673
5. Kosten	674
§ 420 Anhörung, Vorführung	674
1. Anwendungsbereich	674
2. Persönliche Anhörung des Betroffenen	675
3. Vorführung des Betroffenen	682
4. Unterbleiben der persönlichen Anhörung	683

Inhaltsverzeichnis

5. Anhörung weiterer Beteiligter	684
6. Erforderlichkeit eines ärztlichen Sachverständigengutachtens ..	685
§ 421 Inhalt der Beschlussformel	685
1. Normzweck	685
2. Notwendiger Inhalt nach den allgemeinen Vorschriften	686
3. Zusätzlicher Inhalt in Freiheitsentziehungssachen	686
4. Begründung der Entscheidung	688
5. Mängelfolgen	689
§ 422 Wirksamwerden von Beschlüssen	690
1. Anwendungsbereich	690
2. Wirksamkeit mit Rechtskraft	690
3. Sofortige Wirksamkeit	691
4. Ende der Wirksamkeit	692
5. Vollzug der Freiheitsentziehung	695
§ 423 Absehen von der Bekanntgabe	698
1. Bekanntgabe der Entscheidung	698
2. Absehen von der Bekanntgabe	699
§ 424 Aussetzung des Vollzugs	699
1. Normzweck	699
2. Gerichtliche Aussetzung	700
3. Behördliche Aussetzung	701
4. Auflagen	701
5. Widerruf der Aussetzung	702
6. Verfahren und Entscheidung	702
§ 425 Dauer und Verlängerung der Freiheitsentziehung	703
1. Anwendungsbereich	703
2. Dauer der Freiheitsentziehung	703
3. Ende der Freiheitsentziehung	705
4. Verlängerung der Freiheitsentziehung	706
§ 426 Aufhebung	707
1. Anwendungsbereich	707
2. Aufhebung von Amts wegen	708
3. Aufhebung auf Antrag	708
4. Verfahren	710
§ 427 Einstweilige Anordnung	712
1. Anwendungsbereich	713
2. Voraussetzungen der einstweiligen Freiheitsentziehung (Abs. 1) ..	714
3. Gefahr im Verzug (Abs. 2)	716
4. Gefährdung des Haftzwecks (Abs. 3)	718
5. Verfahren	719
§ 428 Verwaltungsmaßnahme; richterliche Prüfung	723
1. Anwendungsbereich	723
2. Verfahren bei behördlicher Freiheitsentziehung	724
3. Gerichtliche Kontrolle von Verwaltungsmaßnahmen	725
§ 429 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	726
1. Anwendungsbereich	727
2. Allgemeine Regelungen	727
3. Beschwerdebefugnis	729

Inhaltsverzeichnis

a) Beschwerdebefugnis des Betroffenen	729
b) Beschwerdebefugnis der zuständigen Behörde	729
c) Beschwerderecht nahestehender Personen	730
d) Beschwerderecht des Verfahrenspflegers	731
4. Gang der Beschwerde	731
5. Rechtsbeschwerde	735
6. Erledigung	738
7. Anhörungsrüge	741
8. Verfassungsbeschwerde	741
9. Menschenrechtsbeschwerde	742
§ 430 Auslagenersatz	742
1. Anwendungsbereich	742
2. Voraussetzungen des Auslagerstattung	744
3. Rechtsfolgen	745
4. Kostenerstattung im Falle der Beiordnung oder Bestellung	745
5. Schadensersatz und Schmerzensgeld	746
§ 431 Mitteilung von Entscheidungen	748
§ 432 Benachrichtigung von Angehörigen	749
1. Allgemeines	749
2. Benachrichtigungen gemäß § 432 FamFG	750
3. Benachrichtigungen gemäß WÜK	751
4. Sonstige Benachrichtigungspflichten	753
Sachregister	755

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG